

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/1227

Alle Abg

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Einzelplan 04

Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu Einzelplan 04 gemäß § 54 Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Hauptberichterstatter	Abg. Olaf Lehne	CDU
Berichterstatter	Abg. Markus Weske	SPD
	Abg. Ralph Bombis	FDP
	Abg. Stefan Engstfeld	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Abg. Herbert Strotebeck	AfD

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu Einzelplan 04 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zu Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz - am 10. Oktober 2018

1. Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Abg. Olaf Lehne	CDU (Hauptberichterstatter)
Abg. Markus Weske	SPD
Abg. Ralph Bombis	FDP
Abg.'e Monika Düker (i.V.)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abg. Herbert Strotebeck	AfD
LMR Jost-Michael Kausträter	Ministerium der Justiz
MR Dr. Christian Herzberg	Ministerium der Justiz
MR Jörg Ludley	Ministerium der Justiz
MR'in Sabine Mazannek	Ministerium der Justiz
RR Christian Stritzel	Ministerium der Justiz
RD Markus Speier	Verfassungsgerichtshof
MR'in Brigitte Lohaus	Ministerium der Finanzen
RR'in Andrea Goschau	Ministerium der Finanzen
RR'in Beatrix Burtscheidt	Ministerium der Finanzen
RR'in Birgit Hielscher	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Die Berichterstatterin und Berichterstatter der Fraktionen erörterten am 10. Oktober 2018 den Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz (Drucksache 17/3300), unter Heranziehung des Erläuterungsbandes Vorlage 17/1083 mit den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums der Justiz und des Ministeriums der Finanzen.

Der Berichterstatter der Fraktion der SPD führt aus, dass seine Fraktion ihre Fragen schriftlich beim Ministerium der Justiz einreichen wird.

3. Im Einzelnen

Kapitel 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel 112 01 Geldstrafen, Geldbußen Gerichtskosten

Auf Nachfrage des Hauptberichterstatters zu dem Grund der Ansatzreduzierung, verweist ein Vertreter der Landesregierung auf eine Anpassung des Ansatzes an das IST des Vorjahres.

Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen

Der Berichterstatter der Fraktion der AfD erkundigt sich nach dem Grund der Ansatzreduzierung. Die Vertreter der Landesregierung führen aus, dass für die Entgelte eine Reduzierung prognostiziert wird, da sich z.B. durch die Einführung des Anwaltspostfachs der Scan-Aufwand deutlich verringert.

Titel 459 00 Vergütung und Entschädigung der Vollstreckungsbeamten

Hier wünscht der Berichterstatter der Fraktion der AfD Auskunft, ob etwa eine schlechte Zahlungsmoral Anlass für verstärkten Einsatz von Gerichtsvollziehern und somit Grund für den Ansatzaufwuchs sei. Die Erhöhung ist nicht auf eine schlechtere Zahlungsmoral und einem damit verbundenen Mehraufwand zurückzuführen. Vielmehr hat es eine Veränderung in der Vergütung gegeben, die hier ihren Niederschlag findet.

Titel 532 36 Sonstige Auslagen in Rechtssachen (...)

Die Ansatzreduzierung ist auf eine Anpassung an das IST zurückzuführen, erläutert ein Vertreter der Landesregierung auf Nachfrage des Berichterstatters der Fraktion der AfD.

Kapitel 04 215 – Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften

Titel 112 00 Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung

Die Berichterstatter der Fraktionen von AfD und CDU wünschen Auskunft zu dem erwarteten Aufwuchs in Höhe von 10 Mio. Euro. Der Vertreter des Ministeriums der Justiz verweist auf die Ausführungen auf Seite 26 der Erläuterungsbandes.

Mehreinnahmen werden aus Anlass der seit dem 1. Juli 2017 in Kraft getretenen Neuregelungen der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung erwartet. Diese umfassen u.a. die Ausweitung der Einziehungsmöglichkeiten und den Wegfall der Rückgewinnungshilfe. Zudem gibt es Verfahren aus dem Bereich der Wirtschafts- und Korruptionskriminalität, die erfahrungsgemäß zu größeren Abschöpfungssummen führen. Durch eine weitere Verbesserung der Kooperation von Staatsanwaltschaften, Polizei und Steuerfahndung könnte auch in anderen Bereichen eine höhere Abschöpfung erreicht werden.

Kapitel 04 250 – Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel 532 13 Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Prozesskostenhilfesachen

Der Berichterstatter der Fraktion der AfD erkundigt sich nach den bei dieser Haushaltsstelle veranschlagten Ausgaben und dem Grund des Mittelaufwuchses.

Bei der in Rede stehenden Haushaltsstelle sind ausschließlich Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Prozesskostenhilfe-Sachen veranschlagt. Die Erhöhung erfolgte in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.-

Kapitel 04 410 – Justizvollzugseinrichtungen

Titel 125 10 Betriebseinnahmen aus den Eigenbetrieben

Zur Frage des Hauptberichterstatters, womit sich diese Betriebseinnahmen begründen, wird ausgeführt, dass es sich um Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten, z.B. aus dem Verkauf von Möbeln und Druckereierzeugnissen, handelt. Der Ansatzaufwuchs ist eine Anpassung an das IST.

Titel 546 10 Ausgaben für die Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug

Die Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünscht eine Erläuterung der Ansatzreduzierung.

Die Vertreter der Landesregierung verweisen auf die zentrale Veranschlagung der Mittel für die allgemeine Nachwuchswerbung im Ministerialkapitel. Im Jahr 2017 wurde für den Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes eine Ausbildungsoffensive mit verstärkten Werbemaßnahmen durchgeführt, die einen entsprechend höheren Mitteleinsatz erforderte. Im laufenden Jahr wird der Erfolg der Maßnahmen zunächst durch Befragung der Bewerber evaluiert. Dabei wird insbesondere abgefragt, inwieweit die Werbemaßnahmen ursächlich für die Bewerbung waren.

Titel 681 70 Arbeitsentgelt für Gefangene

Die Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt sich angesichts der Ansatzreduzierung verwundert.

Hierzu wird ausgeführt, dass die Änderung eine Anpassung an das IST und der Ansatz auskömmlich ist. Eine kausale Korrelation zwischen der Anzahl der Gefangenen und der Gesamthöhe der Entgelte ist angesichts gegebener Rahmenbedingungen (Anzahl der Arbeitsplätze) nicht gegeben.

Allgemeine Fragestellung um Vollzug

Die Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt auf die Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 4. Oktober 2018 zu sprechen, in welcher die Träger der Straffälligenhilfe die Auszahlungsmodalitäten moniert haben sollen.

Die Vertreter der Landesregierung führen zur grundsätzlichen Verfahrensweise aus und weisen insbesondere darauf hin, dass die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung einer vollständigen Auszahlung der gesamten Zuwendung zum Jahresbeginn entgegenstünden. Auf diese Vorschriften habe sich die Kritik des Vertreters des Vereins sozial-integrativer Projekte Münster (Herr Fröse) in der Anhörung bezogen.

Olaf Lehne MdL
Hauptberichterstatter